



**PARTEI MENSCH  
UMWELT TIERSCHUTZ**  
Darmstadt+Dieburg

# Kommunalwahlprogramm 2026

Tierschutzpartei Darmstadt + Dieburg

[dadi.tierschutzpartei.de](http://dadi.tierschutzpartei.de)

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Leitbild</b>	<b>2</b>
<b>2</b>	<b>Tierschutz</b>	<b>2</b>
2.1	Mieter sollen das Recht bekommen zumutbare Haustiere zu halten . . . . .	2
2.2	Haustiersteuer . . . . .	3
2.3	Igelschutz . . . . .	3
2.4	Effektiveres Taubenmanagement in der Darmstädter Innenstadt . . . . .	3
2.5	Vernetzung von Naturschutzgebieten im Darmstädter Raum . . . . .	4
2.6	Animal Hoarding entschlossen begegnen . . . . .	4
2.7	Reitsport . . . . .	4
<b>3</b>	<b>Umweltschutz</b>	<b>5</b>
3.1	Wiederbelebung des Darmbachs . . . . .	5
3.2	Renaturierung für Wassermanagement in Darmstadt und Umland . . . . .	5
3.3	Klimaanpassung . . . . .	5
3.4	Klima-BAFöG . . . . .	6
3.5	Sandabbau . . . . .	6
3.6	Wärmenetze im Landkreis . . . . .	7
3.7	Windenergie . . . . .	8
<b>4</b>	<b>Mensch</b>	<b>10</b>
4.1	Soziale Verantwortung sichtbar machen . . . . .	10
4.2	Gleiches Arbeitsrecht für alle . . . . .	10
4.3	Stadt statt Kirchen . . . . .	11
4.4	Housing First gegen Obdachlosigkeit . . . . .	11
4.5	Inklusives Darmstadt für Menschen und Tiere . . . . .	11
4.6	Leerstand besiegen und Leben in leere Räume bringen . . . . .	12
4.7	Gemeinschaftliches Wohnen fördern . . . . .	13
4.8	Dritte Orte – Räume der Begegnung und des Miteinanders . . . . .	13
4.9	Schule . . . . .	14
4.10	Niedrigschwelliges psychologisches Angebot ausbauen . . . . .	16
4.11	Pflege . . . . .	16
4.12	Sicherheit . . . . .	17
4.13	Digitalisierung . . . . .	18

# 1 Leitbild

Wir sind überzeugt, dass Politik dort ansetzen muss, wo sich Menschen, Tiere und Umwelt begegnen. Deshalb beginnt unsere politische Arbeit vor Ort, in unseren Stadtteilen, Dörfern, Wäldern und auf den Feldern in und um Darmstadt. Wir sehen jeden Tag, wie sehr Klimawandel, Flächenversiegelung, Verkehrslärm und der Verlust von Artenvielfalt unsere Region verändern. Gleichzeitig geraten Tierheime an ihre Grenzen, Stadttauben, Wildtiere und „Nutztiere“ werden oft nur als Problem oder Ressource gesehen. Auch soziale Konfliktfelder beobachten wir mit Sorge: Armut, Einsamkeit, Gewalt und soziale Kälte sind real. Wir wollen diese Realität nicht länger hinnehmen und geben all jenen eine Stimme, die selbst keine haben. Wenn wir für Darmstadt und den Landkreis Darmstadt-Dieburg gemeinsam an Lösungen arbeiten und konsequent handeln, gewinnen wir alle.

# 2 Tierschutz

In Darmstadt und Darmstadt-Dieburg setzen wir uns als Tierschutzpartei mit Nachdruck für eine Gesellschaft ein, in der Mitgefühl, Verantwortung und Respekt gegenüber allen Lebewesen selbstverständlich sind. Wir setzen uns dafür ein, dass Tierschutz in allen politischen Entscheidungsbereichen mitgedacht und konsequent umgesetzt wird. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die das Wohl von Tieren aktiv fördern und ihr Leid wirksam verhindern. Dazu gehören beispielsweise die Vernetzung von Naturschutzgebieten, ein vernünftiges Taubenmanagement aber auch das Stärken der Rechte von Mietern, damit sie Haustiere halten können. Unser Ziel ist eine lebenswerte, gerechte und zukunftsfähige Kommune, in der Tiere nicht als Objekte, sondern als fühlende Mitgeschöpfe geachtet werden. Denn eine Gemeinde, die Tiere schützt, stärkt zugleich das soziale Miteinander, die Umwelt und die Lebensqualität aller.

## 2.1 Mieter sollen das Recht bekommen zumutbare Haustiere zu halten

Wir wollen ein lebenswerteres Darmstadt, in dem Menschen und ihre tierischen Begleiter – egal ob Katze, kleiner Hund oder großer Hund – gemeinsam wohnen können. Haustiere stärken das soziale Miteinander, fördern das Wohlbefinden und unterstützen die gesunde Entwicklung von Kindern<sup>12</sup>. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass das Halten von Haustieren in Mietwohnungen als Grundrecht anerkannt wird – ohne unnötige bürokratische Hürden, jedoch mit klaren Sicherheitsvorkehrungen für gefährliche Hunde.

Eine Stärkung des Haustierrechts hat diverse gesellschaftliche und gesundheitliche Vorteile. Tierhalter erleben weniger Stress, Angst und Depressionen. Das Streicheln eines Tieres senkt nachweislich den Cortisol-Spiegel und erhöht das Wohlfühlhormon Oxytocin. Der tägliche Umgang mit Haustieren stärkt Empathie, Verantwortungsbewusstsein und soziale Kompetenzen und unterstützt Kinder in ihrer persönlichen Entwicklung. Die regelmäßige Bewegung mit dem Hund reduziert das Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und unterstützt eine gesunde Lebensweise und eine verantwortungsvolle Tierhaltung fördert das Bewusstsein für artgerechte Lebensbedingungen und kann das Interesse an Umwelt- und Naturschutz wecken.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Mieter in Zukunft keine separate Genehmigung für die Haltung von Kleintieren, Katzen oder großen Hunden beantragen müssen. Vom Wegfall der generellen Tierhaltungs-Genehmigung erwarten wir uns auch den Abbau von Bürokratie und eine schnellere Integration aller Haustiere in das Wohnumfeld.<sup>3</sup>

Für Information- und Aufklärungskampagnen sollen Leitfäden für Vermieter und Mieter zu verantwortungsvollem Tierhaltungs-Management, inklusive Muster-Mietvertragsklauseln, die das neue Recht widerspiegeln, erstellt werden. Das soll Transparenz schaffen und Konflikte reduzieren.

Wir wollen Anreize für Vermieter setzen, um tierfreundliche Wohnformen zu schaffen. Unterstützung kann in Form von kommunalen Förderpro-

<sup>1</sup><https://www.zzf.de/positionen/positive-wirkung-der-heimtierhaltung>

<sup>2</sup><https://www.science.org/doi/10.1126/science.1261022>

<sup>3</sup>[https://www.tierschutzpartei.de/partei/grundsatzprogramm/#\\_Toc160731028](https://www.tierschutzpartei.de/partei/grundsatzprogramm/#_Toc160731028)

grammen oder Steuererleichterungen stattfinden, um das Angebot für tierhaltende Haushalte zu verbessern.

## 2.2 Haustiersteuer

Haustiere, die aus einem Tierheim aufgenommen werden, dürfen nicht zusätzlich durch Steuern belastet werden. Wer einem Tier in Not ein Zuhause gibt, übernimmt Verantwortung und leistet aktiven Tierschutz. Derzeit gilt in Darmstadt eine einjährige Steuerbefreiung nur für Hunde aus dem städtischen Tierheim, nicht jedoch für Tiere aus Tierheimen der Umgebung. Dies führt zu ungerechten Situationen, in denen für Tiere aus unterschiedlichen Tierheimen unterschiedliche Steuern gezahlt werden müssen.

Wir fordern daher, dass die Haustiersteuer erlassen wird, sofern nachgewiesen werden kann, dass ein Tier aus einem Tierheim in Deutschland stammt. Zudem setzen wir uns dafür ein, die bisherige Befristung von zwei Jahren aufzuheben und die Steuerbefreiung dauerhaft zu gestalten. Gleichzeitig erhoffen wir uns, dass diese Regelung mehr Menschen dazu ermutigt, sich für einen Hund aus dem Tierheim statt für den Kauf aus Zuchtstationen zu entscheiden und so Tierheime nachhaltig zu entlasten.

## 2.3 Igelchutz

Igel leben längst nicht mehr ausschließlich in Wiesen und Wäldern. Auch in Gärten, Grünanlagen und Parks unserer Städte finden sie wichtige Lebensräume. Dennoch sind gerade städtische Räume mit zahlreichen Gefahren für Igel verbunden. Versiegelte Flächen, Zäune und Mauern sowie hohe Treppen stellen für die Tiere oft unüberwindbare Hindernisse dar und zerschneiden ihren ohnehin begrenzten Lebensraum. Um dem entgegenzuwirken, fordern wir gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Igeln im urbanen Raum. Ein zentrales Element sind sogenannte Igeltore. In neu zu errichtenden sowie bestehenden Mauern und Zäunen, die Grünflächen und Gärten voneinander trennen, sollen kleine Schlupfmöglichkeiten geschaffen werden,

durch die Igel von einer Grünfläche zur nächsten gelangen können. Diese einfache Maßnahme trägt wesentlich dazu bei, den Aktionsradius der Tiere zu vergrößern und ihre Lebensräume wieder miteinander zu vernetzen.<sup>4</sup> Darüber hinaus sprechen wir uns für die Installation von Igeltreppen aus. Dabei handelt es sich um bauliche Anpassungen an Treppenstufen, die es Igeln ermöglichen, Höhenunterschiede zu überwinden, die für sie sonst unpassierbar wären. Insbesondere an öffentlichen Treppen, an denen bislang keine Rampen für Fahrräder vorhanden sind, sollen Igeltreppen installiert werden, sofern dadurch angrenzende Grünflächen für Igel zugänglich gemacht werden können.<sup>5</sup>

Neben der Zugänglichkeit von Plätzen ist auch deren Gestaltung ein entscheidender Faktor für ein gutes Leben der Igel. Offene Flächen, kurz gemähter Rasen und stark getrimmte Hecken, wie etwa im Herrngarten, mögen für Menschen ästhetisch ansprechend sein, bedeuten für Igel jedoch Stress und fehlende Rückzugsräume. Hier gilt es, einzelne Bereiche gezielt wilder werden zu lassen, damit sie Igeln und anderen Kleintieren mehr Schutz, Nahrung und sichere Überwinterungsmöglichkeiten bieten können. Diese Maßnahmen sind ein wichtiger Schritt, um den Lebensraum der Igel in unseren Städten zumindest teilweise zu verbessern. Sie zeigen zugleich, dass mit vergleichsweise geringem Aufwand ein wirksamer Beitrag zum Schutz von Wildtieren im urbanen Raum geleistet werden kann.

## 2.4 Effektiveres Taubenmanagement in der Darmstädter Innenstadt

Um die massive Taubenpopulation im Innenstadtbereich einzudämmen, wurden in Darmstadt in der Vergangenheit durch den Magistrat Taubenschläge aufgestellt, um ein Taubenmanagement zu kreieren. Diese Schläge werden zwar durch einen Teil der Tiere genutzt, jedoch bleibt hier der größte Teil der Population außen vor und hält sich weiterhin hauptsächlich um den Luisenplatz auf. Es gibt schlichtweg zu wenige Schläge für zu viele Tauben, was die Effizienz der Maßnahme drastisch reduziert. Denn um die Population wirklich nachhaltig zu reduzieren zu können,

<sup>4</sup><https://www.geo.de/natur/igeltor-im-garten--bahn-frei-fuer-den-igel-35128976.html>

<sup>5</sup><https://www.tierschutz-ditzingen.org/wissenswertes/igel-treppensicherung>

ist eine Versorgung vonnöten, die auch von allen Tieren genutzt werden kann. Dies ist offensichtlich nicht der Fall. Hier muss Abhilfe geschaffen werden! Wir fordern eine umgehende Verbesserung des bisherigen Darmstädter Taubenmanagements, welches sich nach der realen Populationsgröße richten muss, um wirksam greifen zu können.

## 2.5 Vernetzung von Naturschutzgebieten im Darmstädter Raum

Darmstadt verfügt bereits über eine nennenswerte Anzahl diverser Naturschutzgebiete auf seiner Stadtfläche, was sich in einer vergleichsweise hohen Artenvielfalt zeigt. Dieser Status quo ist positiv zu bewerten und muss auf jeden Fall erhalten werden. Allerdings werden durch die massive Verkehrsinfrastruktur als auch die generelle Bebauung in und um Darmstadt auch erhebliche Barrieren geschaffen. Die Migration der Tier- als auch Pflanzenarten zwischen den einzelnen Schutzgebieten wird somit erheblich erschwert, und es entstehen „Biodiversitäts-Inseln“, die voneinander abgeschnitten sind. Einzelne Arten können sich unter ungünstigen Bedingungen also nicht mehr aus einem bestimmten Naturschutzgebiet heraus vermehren. Verschlechtern sich die Zustände vor Ort, kann es passieren, dass die jeweiligen Arten lokal sogar gänzlich verschwinden. Wir fordern die Einrichtung eines nachhaltigen Vernetzungsplans der Darmstädter Naturschutz-zonen, in welche z.B. Wildtierbrücken und Bewegungskorridore für die Wildtiere integriert werden können, um sichere Wildtierwanderungen zu gewährleisten.

## 2.6 Animal Hoarding entschlossen begegnen

Wir setzen uns dafür ein, dass Animal Hoarding als komplexes Zusammenspiel von Tierschutz-, Sozial- und Gesundheitsaspekten verstanden und entsprechend ganzheitlich behandelt wird. Animal Hoarding ist eine Form von Tierquälerei und menschlicher Überforderung, die strukturelle Antworten braucht. Die Problemfelder sind die über-

füllten Tierheime, die unklaren Zuständigkeiten, sowie die nicht ausreichende psychologische Unterstützung für betroffene Menschen.<sup>6</sup> Für uns steht fest, dass es auf Landes- und Bundesebene neue Gesetze braucht, um Tieren ein artgerechtes Leben zu ermöglichen.<sup>7</sup> Auf kommunaler Ebene wollen wir in Verbindung mit einer verpflichtenden Beratung für Menschen, die Tiere halten, einen Sachkundenachweis einführen. Kommunale Kontrollkapazitäten in Zusammenarbeit mit Tierschutzorganisationen müssen dringend ausgebaut werden, damit bei Hinweisen auf gravierende Missstände kurzfristige Vor-Ort-Prüfungen möglich sind. Letztlich braucht es eine enge Kooperation mit Sucht- und psychosozialen Beratungsstellen, um Betroffene niedrigschwellig zu erreichen und die gegebenenfalls nötige Unterstützung zu leisten.

## 2.7 Reitsport

Viele Reiterinnen und Reiter bereiten ihre Pferde mit Schlaufzügeln und in viel zu enger Kopfhals-Haltung auf die Prüfung auch bei Turnieren in Kranichstein vor. Die sogenannte Rollkur ist seit Jahren in Mode und wird in der extremsten Form von erfolgreichen Reitern auch auf Reitturnieren in Darmstadt und im Kreis Darmstadt-Dieburg praktiziert.

Wir fordern pferdegerechtes Abreiten auf Turnieren ernsthaft und verlässlich zu kontrollieren. Bei der Hessenmeisterschaft 2025 war dies nicht der Fall. Die Fotos dokumentieren, dass kein Richter zum Wohle der Pferde eingeschritten ist. Der Tierschutz muss in allen Pferdesportprüfungen an erster Stelle stehen. Wir möchten pferdegerechte Ausbildung im Leistungssport sowie im Freizeitsport sehen. Das Wohlbefinden des Pferds muss die Grundlage für die Harmonie zwischen Reiter und Pferd sein und damit das Ziel jeder Pferdeausbildung sein. Alles, was wir mit dem Pferd tun, muss sich an seiner Natur orientieren. Das ist der einzig pferdegerechte Weg.

Das Pferd ist ein Lebewesen und kein Sportgerät. Pferde müssen jederzeit frei atmen können – ohne durch zu eng geschnalltes Zaumzeug blaue

<sup>6</sup><https://www.echo-online.de/lokales/kreis-darmstadt-dieburg/landkreis-darmstadt-dieburg/animal-hoarding-belastet-tierheime-in-darmstadt-dieburg-5196821>

<sup>7</sup><https://www.tierschutzpartei.de/animal-hoarding-was-hat-das-mit-politik-zu-tun/>

Zungen zu bekommen oder durch gewaltsam herangezogene Häuse in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt zu werden. Der permanente Einsatz von scharfen Sporen und das Ziehen an scharfen Gebissen ist nicht tierschutzkonform. Diese Praktiken müssen auch von der Politik scharf verurteilt werden, denn Pferde haben keine Schmerzlaute, leiden still und brauchen unsere Hilfe.

### 3 Umweltschutz

Der Schutz von Klima, Wasser, Luft und Boden ist für uns nicht verhandelbar. Darmstadt muss eine Stadt werden, die Natur und Urbanität im Einklang denkt: mit lebendigen Gewässern, grünen Fassaden und Plätzen, die auch in heißen Sommern Aufenthaltsqualität bieten. Wir setzen uns für eine konsequente ökologische Stadtentwicklung ein, die natürliche Kreisläufe wiederherstellt, Artenvielfalt stärkt und das Stadtklima nachhaltig verbessert. Projekte wie die Wiederbelebung des Darmbachs, die Renaturierung von Bächen im Umland, klimaresiliente Stadtgestaltung und begrünte Gebäude sind dafür zentrale Bausteine.

#### 3.1 Wiederbelebung des Darmbachs

Die Wiederbelebung des Darmbachs ist ein wichtiger Schritt hin zu einer lebenswerten und zukunftsfähigen Stadtgestaltung in Darmstadt. Durch die Öffnung und Renaturierung des Bachs wird nicht nur die ökologische Vielfalt gefördert, sondern auch das Stadtklima spürbar verbessert – insbesondere während heißer Sommerperioden sorgt die Verdunstung für angenehme Kühlung. Gleichzeitig wird die Standortattraktivität für Anwohnende und Unternehmen gesteigert. Zudem können erhebliche Kosten eingespart werden, da bisher das Wasser widerrechtlich in den Kanal geleitet wird und damit als Abwasser behandelt werden muss.<sup>8</sup> Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, die Offenlegung des Darmbachs endlich mit hoher Priorität anzugehen und nicht weiter zu verschleppen. Die Wiederbelebung des Darmbachs steht somit für aktive Klimaanpassung, nachhaltige Stadtentwicklung und mehr Lebens-

qualität für alle in Darmstadt.

#### 3.2 Renaturierung für Wassermanagement in Darmstadt und Umland

Die Renaturierung von Bachläufen oberhalb von Darmstadt trägt maßgeblich zu einem verbesserten Wassermanagement der Stadt bei. Durch die Wiederherstellung natürlicher Flussverläufe und die Anbindung an angrenzende Wälder und Feuchtgebiete kann mehr Wasser in diesen Ökosystemen zurückgehalten und gespeichert werden. Dies sorgt dafür, dass auch während längerer Trockenphasen eine kontinuierliche Wassermenge in den Darmbach gelangt, was nicht nur die ökologische Vielfalt stärkt, sondern auch die Versorgungssicherheit und die Widerstandsfähigkeit des städtischen Wasserhaushalts erhöht. Wir werden uns dafür einsetzen, im Rahmen der Maßnahmen zur Klimaanpassung eine Renaturierung von Bächen und Feuchtgebieten in der Umgebung von Darmstadt umzusetzen. Das hilft den Wäldern, dem Wasserhaushalt der Stadt und nicht zuletzt auch der Artenvielfalt und damit dem Erholungswert der an Darmstadt angrenzenden Naherholungsgebiete.<sup>9</sup>

#### 3.3 Klimaanpassung

Der Schutz des Klimas ist eine globale Aufgabe. Auch wir können und müssen unseren Beitrag leisten, indem wir konsequent auf CO<sub>2</sub>-Neutralität hinarbeiten. Gleichzeitig ist klar: Allein in Darmstadt werden wir das Weltklima nicht retten. Deshalb gehört für uns zum Klimaschutz untrennbar auch der Schutz vor dem Klima. Die Wetterbedingungen werden sich in Zukunft voraussichtlich weiter zuspitzen. Hitzewellen, Trockenperioden und extreme Wetterereignisse werden häufiger und intensiver. Um die Gesundheit und Lebensqualität der Menschen zu erhalten, ist es notwendig, die Darmstädter Infrastruktur an diese veränderten Gegebenheiten anzupassen.

Ein zentraler Ansatzpunkt sind viel besuchte, versiegelte Plätze wie der Luisenplatz, der Friedensplatz und der Marktplatz. Diese Orte heizen

<sup>8</sup><https://www.echo-online.de/lokales/darmstadt/64-millionen-euro-gebuehr-fuer-darm-und-meiereibach-3492459>

<sup>9</sup><https://www.umweltbundesamt.de/themen/wasser/fluesse/verbesserungsmassnahmen/gewaesserrenaturierung-start#informationsplattform-untersttzt-potenzielle-manahmentrger>

sich im Sommer extrem auf und sind während Hitzeperioden kaum noch nutzbar. Wir fordern daher neue, zukunftsfähige Gestaltungskonzepte, die diese Plätze schattiger, grüner und klimaresilienter machen. Diese Konzepte sollen in Zusammenarbeit mit den Darmstädter Hochschulen entwickelt und anschließend umgesetzt werden. So werden junge Darmstädter Architekt:innen gefördert und gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zum Allgemeinwohl geleistet.

### Fassadenbegrünung

Die Hitzeperioden werden immer länger und intensiver – versiegelte Flächen und urbane Wärmeinseln lassen die Stadtluft stagnieren, Schadstoffe sammeln sich an und das Stadtklima wird zunehmend stickig und schwül. Viele Bewohner greifen deshalb zu Klimaanlage, doch diese verbrauchen viel Energie und geben warme Abluft ab, die das städtische Mikroklima noch weiter aufheizt.

Nachhaltiger und Fairer ist es, Dächer und Fassaden zu begrünen. Neben der kühlenden Wirkung im Sommer und der positiven Auswirkungen auf die Luftqualität entstehen bei der Fassadenbegrünung unzählige Synergieeffekte: Durch die zusätzliche Isolationsschicht sinken die Heizkosten im Winter, Fassaden werden vor Regen, UV-Strahlung und starken Temperaturunterschieden geschützt und somit - entgegen der landläufigen Auffassung, dass Begrünung schädlich für die Fassaden sei - länger erhalten und die Lärmbelastung wird gemindert. Es wird Lebensraum für Insekten und Vögel geschaffen, gleichzeitig steigt die Lebensqualität auch für Menschen.<sup>10</sup>

In Darmstadt werden solche Begrünungen bereits am Kapellplatz, im Woogsviertel und am Ostbahnhof gefördert. Wir möchten für diese Förderung werben und sie auf das gesamte Stadtgebiet ausweiten. Zudem fordern wir, dass eine Verpflichtung zur Dach- und Fassadenbegrünung in die kommunale Satzung aufgenommen wird, soweit sie im jeweiligen Fall zumutbar und verhältnismäßig ist.

### 3.4 Klima-BAFöG

Der Fachkräftemangel bremst die Energiewende – besonders bei Gebäudesanierung, Heizsystem-Installation sowie Solarenergie. Betriebe müssen hohe Kosten für Fortbildung und fehlende Planungssicherheit stemmen. Wir wollen mit einem Förderprogramm („Klima-BAföG“) den Fachkräftemangel bekämpfen. So sollen Ausbildung, Fortbildung und Umschulung in relevanten Berufen attraktiver für die Betriebe werden, damit die Energiewende schneller vorankommt und Darmstadt ein Vorreiter für die Energiewende werden kann.<sup>11</sup>

### 3.5 Sandabbau

In Schaafheim und Babenhausen sehen die Bürgerinnen und Bürger die erschreckenden Folgen für Mensch, Umwelt und Tierschutz, denn dort werden seit Jahrzehnten Sandressourcen abgebaut. Wir sehen den hiesigen gigantischen Rohstoffabbau kritisch und mussten feststellen, dass trotz des erheblichen Rückganges der Bautätigkeit in der Region seit dem Bauboom der 70er und 90er Jahren in immer kürzeren Zeitabständen immer mehr Sand auf immer größeren Anbauflächen gewonnen wird.

Die für Neubau benötigte Materialmenge skaliert mit der Zunahme an Wohnraum zzgl. des Gebäudeabrisses, der aber eher nebensächlich ist, sowie der Materialeffizienz. Hinzu kommen Export, Bauwerke für Industrie, Gewerbefläche und natürlich Infrastruktur. Hier ist der Bau des Riederwaldtunnels in Frankfurt zu nennen, der große Mengen Bausand verschlingt. Zu den tatsächlichen Fördermengen existieren jedoch wenig präzise Zahlen. Wir können diese nur anhand der bekannten Neubauten schätzen.

Es gibt keine Kontrollmechanismen, die transparent machen, was mit dem Sand- und Kies aus Südhessen geschieht und wohin er verkauft wird. Wir möchten den Konflikt mit der Sandindustrie, der durch vielfältige Probleme entsteht, wie die Rodung von Bann- und Schutzwäldern, Verlust von landwirtschaftlichen Flächen und Böden, Fol-

<sup>10</sup>[https://dontwastemy.energy/wp-content/uploads/2020/01/gutachten\\_fassadenbegrueung.pdf](https://dontwastemy.energy/wp-content/uploads/2020/01/gutachten_fassadenbegrueung.pdf)

<sup>11</sup><https://www.hessenschau.de/wirtschaft/fachkraeftemangel-fehlende-handwerker-bremsen-energiewende-aus-v1,fachkraeftemangel-124.html>

gen für die Bevölkerung, die Zerstörung von Lebensräumen für viele Lebewesen, die Gefährdung des Grundwassers und der Trinkwasserversorgung durch immer schnelleren Rohstoffabbau, ins Bewusstsein der Bevölkerung bringen und nachhaltige Lösungen finden.

Das Bergrecht steht über Menschen-, Klima-, Natur- und Artenschutzrechten und deshalb müssen sich Kommunalpolitik auch auf Kreisebene mit diesem wichtigen Thema befassen. Der industrielle Abbau von Sand und Kies darf nicht mehr dazu führen, dass Menschen enteignet und Flächen auf Kosten künftiger Generationen zerstört werden.

Die Firmen setzen ihre Profitinteressen über die Interessen und die Gesundheit der Bewohner, da zum Beispiel Quarzsand krebserregend ist. Statt ein nachhaltiges Rohstoffkonzept werden in Babenhausen die Sandseen immer größer. In den letzten Jahrzehnten wurden viele Abbaustandorte in Hessen stillgelegt.<sup>1</sup> Die Verbleibenden wachsen seit einiger Zeit daher schneller. Die Firmen stellen immer schneller Anträge zum Abbau und immer schneller werden immer größere Flächen abgebaut. Diese gehen künftigen Generationen für sehr lange Zeit als landwirtschaftliche Flächen oder Wald verloren. Zentrale Frage ist: Wo geht der ganze Sand hin? Was bedeutet die Zerstörung vieler hundert Hektar für das Überleben von Lebewesen in der Region? Welche Folgen hat die maßlose Erweiterung für Menschen und Umwelt sowie für ihre gemeinsame Zukunft? Sind Trinkwasserversorgung und Schutz von Lebensraum wichtiger als der Massenrohstoff „Sand“? Handeln Baumhaus "Parteibüro" bei der Besetzung im Langener Bannwald.

Wir haben als Klimaliste / Tierschutzpartei die Waldbesetzung in Langen gegen den Ausbau der dortigen Kiesgrube mit unterstützt. Seit der zweiten Woche der Besetzung im Sommer 2024 waren wir mit einem Baumhaus, das nicht im aktuellen Rodungsbereich stand, regelmäßig vor Ort.

Bei der Räumung wurde dieses auf Anordnung der Stadt Langen trotzdem zerstört, Inventar gestohlen, die Pressefreiheit stark eingeschränkt und Falschinformationen über die Besetzung verbreitet.

Verwaltung und die meisten Parteien in Langen

stehen - wie fast überall wo es größeren Bergbau gibt - auf der Seite der Firmen, die den Rohstoff abbauen. Durch Ausbeutung natürlicher Ressourcen, die auf vormals öffentlichem Grund gewonnen werden, können diese Firmen hohe Renditen erwirtschaften und schütten Steuern an die betreffenden Gemeinden sowie Spenden an örtliche Vereine aus. Auf diese Weise kann man sich politische Beschlüsse für Erweiterungen der Abbauf Flächen leicht kaufen.

Durch den industriellen Abbau in großem Stil ist Bausand trotz inzwischen steigender Preise immer noch ein relativ günstiger Rohstoff und wird an vielen Stellen eingesetzt, ohne dass dies aus statischen Gründen nötig wäre. Wir fordern daher auf höheren Ebenen grundsätzlich eine angemessene Ressourcenbesteuerung zugunsten von Steuerensenkungen bei der Umsatzsteuer.

### 3.6 Wärmenetze im Landkreis

In Darmstadt laufen diverse Ausbauten und Umbauten am städtischen Wärmenetz. Im Kreis passiert nichts. Während der gesamten, vergangenen Legislatur haben wir kein einziges Bauprojekt entdeckt, bei dem ein Ersatz oder wenigstens eine zusätzliche Alternative zum Erdgasnetz verbaut wurde. Lediglich ein paar punktuelle Lösungen an öffentlichen Gebäuden wurden umgesetzt.

Gleichzeitig finden jedes Jahr einige Tiefbauprojekte im Kreis statt, wo eine Straße auf hunderten Metern saniert wird, manchmal inklusive der Kanalisation und der Wasserleitungen. Bei so einer Gelegenheit ist es sehr einfach, auch ein Wärmenetz, etwa für kalte Nahwärme, mitzuverlegen. In Reinheim haben wir sogar kurz nach der letzten Wahl proaktiv angeregt, mit der Sanierung der Straße auch ein Wärmenetz zu verlegen, das sich z.B. aus einer zentralen Geothermie Quelle speist. Dies wurde von allen anderen Parteien abgelehnt, von der Verwaltung ignoriert, nicht mit wichtigen Rahmeninformationen, wie dem Wärmepotential für einen Abwasserwärmetauscher, unterstützt oder wenigstens vom städtischen Energieberater geprüft.

Als Putin dann die Ukraine angriff, hat die Stadt Reinheim parallel ein neues Erdgasnetz verlegt und sich und ihre Bürger noch tiefer in die Abhängigkeit von fossilen Despoten manövriert.

Wir haben darauf hin alle Kommunen im Kreis an-geschrieben, uns die wichtigsten, geplanten Tiefbauprojekte der kommenden Jahre zu nennen. Keine einzige Kommune war in der Lage, auch nur ein einziges Projekt zu nennen. Aus der Liste der Ausschreibungen der zentralen Auftragsverga-bestelle konnten wir jedoch entnehmen, dass es sehr wohl Projekte gab. Wenn diese ausgeschrie-ben werden, ist es meistens jedoch zu spät, um noch politisch für eine nachhaltige Wärmeversor-gung aktiv zu werden.

Durch systematische Informationsverweigerung schaffen es die Verwaltungen, immer weiter am Status-quo der fossilen Abhängigkeit festzuhal-ten. Bisher erster Lichtblick hier ist, dass im Zu-ge der kommunalen Wärmeleitplanung in Dieburg wohl ein Wärmenetz mit Anschluss ans Klärwerk für das Bahnhofsviertel untersucht wird. Das ge-nügt uns aber nicht. Wir können es uns weder leisten noch länger mit Klimaschutz zu warten, noch Despoten, wie Putin oder Trump weiterhin durch den Kauf von Erdgas zu unterstützen.

Die zentrale Auftragsvergabestelle ist eine frei-willige Leistung des Landkreises. So undurchsich-tig das Handeln der Verwaltungen ist, so wenig ist es auch durch verbindliche Gesetze geregelt. Der Landkreis kann anordnen, dass die zentra-le Auftragsvergabestelle die Ausschreibung eines Tiefbauprojekts verweigert, wenn die zuständige Kommune ausschließlich in fossile Infrastruktur investiert und nicht beweisen kann, dass der Be-trieb eines Wärmenetzes im jeweiligen Fall un-möglich oder unwirtschaftlich wäre.

## Wärmequellen

Im Landkreis gibt es wenig größere Industriebe-triebe, die Abwärme liefern könnten. Dennoch gibt es geeignete Quellen:

- **Geothermie:** Am Rande des Rheingrabens gelegen ist das Potenzial für Geothermie, also die Wärme des Erdreichs je nach Tiefe, überall überdurchschnittlich. Für einzelne Gebäude lohnt eine Bohrung oft trotzdem nicht, da es eines größeren, bürokratischen Aufwands und Planung bedarf, eine Geo-thermiesonde oder Grundwasserwärmetau-scher bohren zu lassen. Für große Gebäu-

de oder eben mehrere zusammenhängende Gebäude sieht die Rechnung jedoch anders aus. Gerade in Innenstädten, wo viel schwer dämmbarer Altbau auf engem Raum steht, kann Geothermie in Kombination mit einem Wärmenetz wirtschaftlich sein.

- **Seen:** In Mühlthal, Babenhausen und poten-ziell mit Füllung des Steinbruchs auch in Roßdorf gibt es kleinere Seen in unmittel-barer Nähe von Siedlungsfläche. Diese kön-nen als Wärmespeicher genutzt werden. Im Sommer kann ein Wärmenetz die Abwärme von Klimaanlage oder auch Solarthermie dorthin abführen, im Winter werden dann Wasser-Wasser-Wärmepumpen über Wär-metauscher aus dem See gespeist. In einem kleineren Rahmen testet die TU Darmstadt so ein Konzept bei der Bebauung im Bür-gerpark.
- **Abwasser:** In jeder Kommune gibt es Ab-wasser, welches eine recht hohe Tempera-tur hat. Daraus kann ein Teil der Wärme zurückgewonnen werden. Dies hat Grenzen, da Klärwerke auch etwas Wärme für die bio-logischen Prozesse benötigen. Damit sich xtein Abwasserwärmetauscher lohnt, muss an einem Kanal also eine ausreichend große Menge an Haushalten angeschlossen sein.

## Absatzzahlen

Die Absatzzahlen von Wärmepumpen zeigen, dass solche mit Erdreich als Wärmequelle eine eher geringe Nachfrage erfahren. Der Mangel an politischer Initiative bei Geothermie und Wärmenetzen ist also ein deutschlandweites Problem. In letzter Zeit sind die Verkaufszahlen außerdem in-stabil geworden. Dies liegt auch an den verwirren-den Aussagen zur kommunalen Wärmeplanung.<sup>2</sup> Wir möchten durch eine zeitnahe und einheitliche Wärmeplanung im gesamten Landkreis Investiti-onssicherheit schaffen.

## 3.7 Windenergie

Wir möchten die Errichtung von Windenergie-anlagen im Wald grundsätzlich vermeiden. Zur Montage der Rotorblätter muss für eine Wind-energieanlage am Aufstellungsort ein größerer

Streifen Wald gerodet werden. Auch für den Transport der Anlage müssen befestigte Wege existieren. Diese Eingriffe in die Natur möchten wir grundsätzlich vermeiden.

Das Regierungspräsidium Darmstadt hat in den letzten Jahren zahlreiche Windvorranggebiete aus dem Regionalplan gestrichen. Die verbleibenden Gebiete liegen oftmals im Wald, weit entfernt von den nächsten Siedlungen. Es gibt vereinzelt geeignete Standorte im Wald - etwa dort, wo ökologisch wenig wertvolle Fichtenplantagen wegen des Klimawandels absterben sind. Es muss, um solche Gelegenheitsflächen zu nutzen, jedoch mehr Flexibilität in die Ausweisung der Windvorranggebiete kommen.

Wir fordern die Wiederherstellung gestrichener Windvorranggebiete auf Ackerland, wie Nr. 224 und 218 bei Reinheim.<sup>1</sup> Ausbauziel

Obwohl bei Neutsch die ersten Windenergieanlagen in Südhessen entstanden sind<sup>2</sup>, hinkt der Landkreis Darmstadt-Dieburg mit dem Ausbau sehr hinterher. Im Bestreben, Waldflächen zu schützen, skalieren wir mit dieser Kommunalwahl unsere Ausbauziele nur noch anhand der landwirtschaftlichen Flächen. Wir haben für die Klimalist eine deutschlandweit benötigte Erzeugungsleistung von 280 GW Windenergie onshore kalkuliert. In diesem Szenario gehen wir davon aus, dass 100

Wir rechnen hier dennoch mit 280 GW installierter Leistung in Deutschland. Dies erreichen wir einerseits durch einen höheren Anteil von PV-Energie über das kostenoptimale Verhältnis hinaus, andererseits durch Verlagerung von Windenergie in Länder mit geringerer Einwohnerdichte. Eine solche Verlagerung ist jedoch nur sehr begrenzt möglich. Mit der Entscheidung für die Erdverkabelung der HGÜ-Trassen in Deutschland sind wir an Spannungen gebunden, die keinen relevanten transkontinentalen Energieaustausch erlauben. Mit aktuellen, technologischen Möglichkeiten und politischen Rahmenbedingungen kommen wir schwer mit weniger als der hier angekommenen Ausbauleistung aus.

Der vergleichsweise abgebildete Landkreis Alzey-Worms verfügt über nur sehr wenige Waldflächen. Die Windenergie ist hier ausschließlich auf landwirtschaftlichen Flächen verteilt. Dennoch ist bereits über die Hälfte des final benötigten Aus-

baus geschafft. Mit erwartbarem Repowering ist im Landkreis Alzey-Worms kaum noch eine Neuererschließung von Standorten für Windenergie erforderlich.

### **Warum uns die Erdverkabelung zu mehr Windenergie zwingt**

Erdverkabelung für Hochspannungsanwendungen steckt noch in den Kinderschuhen. Es gibt die Befürchtung, dass fehlerhafte Kabelmuffen eine hohe Ausfallquote der Leitungen zur Folge haben werden. Da tief wurzelnde Gewächse nicht in der Nähe der Kabel stehen dürfen, muss in Wäldern eine 40 m breite Schneise gerodet werden. Das ist für klassische Freileitungen nicht zwingend erforderlich, wenn man in hohe Masten investiert. Die Kosten für die Erdkabel sind nochmals um ein Vielfaches höher, als solche Masten. Wir reden für die im Bau befindlichen Projekte von Mehrkosten im zweistelligen Milliarden-Bereich als Aufpreis für die Erdverkabelung.<sup>4</sup> Wir haben im Zuge der Landtagswahl in Hessen versucht, Sümlink in Hessen als Freileitung planen zu lassen. Die Möglichkeit, 35 Milliarden Euro durch Umweltschutz zu sparen, interessiert politisch leider niemanden.

Mit eingeschränkten Möglichkeiten, Strom über weite Distanzen zu transportieren, müssen wir mehr Energie vor Ort erzeugen. Statt Strommasten wird die Landschaft daher jetzt mit Windenergie voll gestellt. Es ist jetzt zu spät, um an diesen Fehlentscheidungen noch etwas zu verändern. Wir versuchen, trotz der scheiternden Politik der etablierten Parteien, das Beste aus der Lage zu machen.

### **Vogelschutz**

Wir möchten für alle neuen Windenergieanlagen im Landkreis Abschaltvorrichtungen bei Vogelflug vorsehen. Das Kredo ist, möglichst große Anlagen zu bauen. Mit modernen Anlagen mit über 6 MW Nennleistung ist das Ausbauziel im Landkreis mit 60 Anlagen erreichbar. Mit Anlagenleistungen auf Niveau der ersten WEA bei Neutsch würden wir über 600 Windräder brauchen. Bei größeren Anlagen liegt auch ein größerer Teil des Rotors oberhalb der Flughöhe der meisten Vögel. Auch für Vögel ist ein Aufstieg in große Höhe anstrengend. Häufige Flughöhenwechsel werden daher vermie-

den. Daher lassen sich hochfliegende Vögel auch aus größerer Distanz erkennen und Anlagen abschalten.

## 4 Mensch

Wir wünschen uns für Darmstadt und den Landkreis Darmstadt-Dieburg mehr soziale Gerechtigkeit, Zusammenhalt und Inklusion. Das schaffen wir mit Mitgefühl und Solidarität über Grenzen und Arten hinweg. Deshalb fordern wir unter anderem mehr Räume, an denen wir uns begegnen können, soziale und ökologische Veränderungen in Schulen und einen Wandel im Bereich Pflege und Gesundheit. Durch mehr Transparenz erhoffen wir uns außerdem eine Politik, die frei von Lobbyeinfluss ist und allen Bürger:innen, Tieren und der Umwelt zugutekommt.

### 4.1 Soziale Verantwortung sichtbar machen

Auch in Darmstadt leben Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind. Ein Leben ohne festen Wohnraum ist häufig nicht nur mit materieller Not verbunden, sondern auch mit gesellschaftlicher Ausgrenzung, Unsichtbarkeit und dem Verlust von Würde. Ein solidarisches Gemeinwesen muss diesen Menschen mit Mitgefühl, Respekt und konkreter Unterstützung begegnen.<sup>12</sup>

Um sowohl Mitgefühl als auch Hilfsbereitschaft im Alltag zu fördern, braucht es niedrigschwellige und sichtbare Maßnahmen. Ein bewährtes Mittel hierfür sind Pfandringe an öffentlichen Müllern. Sie machen deutlich, dass Pfandflaschen nicht weggeworfen, sondern einfach daneben abgestellt werden können. So wird Menschen, die auf das Sammeln von Pfand angewiesen sind, ein würdevoller Zugang ermöglicht, ohne dass sie in Abfallbehälter greifen müssen. Pfandringe schaffen Bewusstsein, senken Hemmschwellen und fördern ein respektvolles Miteinander im öffentlichen Raum. Wir fordern daher, an allen öffentlichen Müllern in Darmstadt Pfandringe oder ver-

gleichbare Lösungen anzubringen.<sup>13</sup>

Darüber hinaus setzen wir uns für die Wiedereinrichtung einer Schenkwand ein. Eine Schenkwand ist ein öffentlicher Ort, an dem Kleidung und andere gut erhaltene Gegenstände gezielt für obdachlose Menschen gespendet werden können. Eine solche Wand existierte bereits an der Stadtbibliothek und wurde von vielen Bürger:innen genutzt. Wir fordern, erneut eine Schenkwand im Stadtgebiet zu installieren, um das Spenden von Gegenständen wieder stärker in den Fokus der Gesellschaft zu rücken und konkrete Hilfe dort zu ermöglichen, wo sie dringend benötigt wird. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, soziale Verantwortung im Alltag sichtbar zu machen und den Zusammenhalt in unserer Stadt zu stärken. Ein soziales Miteinander zeigt sich nicht zuletzt darin, wie wir mit den schwächsten Mitgliedern unserer Gesellschaft umgehen.

### 4.2 Gleiches Arbeitsrecht für alle

Beschäftigte in kirchlichen Einrichtungen wie Schulen, Kitas oder Pflegeeinrichtungen sind durch das „kirchliche Arbeitsrecht“ häufig von Mitbestimmungsrechten ausgeschlossen, etwa wenn es um die Gründung von Betriebsräten geht.<sup>14</sup> Dies führt dazu, dass Arbeitsbedingungen und Arbeitsqualität hinter denen in kommunalen oder privaten Betrieben zurückbleiben. Die besondere Stellung der Kirchen als Arbeitgeber, die sich auf ihr Selbstbestimmungsrecht berufen, darf nicht länger auf Kosten der Beschäftigten gehen.

Wir fordern daher die Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts für kommunale Gesellschaften und Einrichtungen. Es ist nicht hinnehmbar, dass öffentliche Gelder in Strukturen fließen, die Mitbestimmung und faire Arbeitsbedingungen behindern. Bei der Fusion der Darmstädter Krankenhäuser hätte es auch zu einer kirchlichen Trägerschaft kommen können, womit die Angestellten des Klinikums plötzlich keinen Betriebsrat mehr garantiert hätten.<sup>15</sup> So etwas aus der Zeit gefallenes können die Angestellten und die Bürger der Wissenschaftsstadt Darmstadt nicht wollen!

<sup>12</sup><https://www.unsichtbar-ev.de/>

<sup>13</sup><https://pfandring.de>

<sup>14</sup><https://www.pdh.eu/programmatur/kirchliches-arbeitsrecht/>

<sup>15</sup><https://www.echo-online.de/lokales/darmstadt/klinikfusion-darmstadt-klinikum-elisabethenstift-beschaefigte-4969233>

Betriebsräte müssen überall möglich sein – auch in Bildung und Pflege. Das würde nicht nur die Arbeitsqualität verbessern, sondern auch die Zufriedenheit und Motivation der Beschäftigten erhöhen.

Auch ver.di fordert schon lange die vollständige Gleichstellung kirchlicher Beschäftigter, um echte Teilhabe und Mitbestimmung sicherzustellen.<sup>16</sup> Es ist Zeit, dass kommunale Gesellschaften mit gutem Beispiel vorangehen und sich von den Sonderregelungen des kirchlichen Arbeitsrechts verabschieden. Wir wollen in Darmstadt mit gutem Beispiel vorangehen.

### 4.3 Stadt statt Kirchen

Die Kirche ist auf dem Rückzug. Aufgrund sinkender Mitgliederzahlen nach Skandalen um Missbrauch schwinden damit auch die finanziellen Möglichkeiten. Teilweise ist das bedauerlich, wenn zum Beispiel Jugendeinrichtungen wie die „Huette“ schließen müssen.<sup>17</sup> Wir setzen uns dafür ein, solche für Kultur und Miteinander sowie die Entwicklung der Jugend wichtigen Einrichtungen zu erhalten und private oder kommunale Konzepte ohne kirchliche Träger zu erarbeiten, um etablierte Orte und Zentren erhalten zu können und auch den erfahrenen Mitarbeitern dieser Einrichtungen eine sichere Perspektive zu geben. Investitionen in Soziales und Bildung zahlen sich mehrfach für die Stadt aus<sup>18</sup>.

### 4.4 Housing First gegen Obdachlosigkeit

Das Konzept „Housing First“ bietet zahlreiche Vorteile im Kampf gegen Obdachlosigkeit. Im Mittelpunkt steht dabei das unmittelbare Bereitstellen einer eigenen Wohnung für obdachlose Menschen – ohne Vorbedingungen wie Abstinenz oder die Teilnahme an bestimmten Programmen. Dies schafft Stabilität und Sicherheit, wodurch

Betroffene besser in der Lage sind, weitere soziale oder gesundheitliche Herausforderungen anzugehen. Das Modell respektiert die Würde der Menschen und stärkt ihre Selbstbestimmung, was zu einer höheren Lebenszufriedenheit führt. Studien zeigen, dass Housing First die nachhaltige Reintegration in die Gesellschaft fördert, Rückfälle in die Obdachlosigkeit reduziert und dadurch insgesamt kosteneffizienter ist.<sup>19</sup> Kriminalisierung und Vertreibung vulnerabler Menschen ist offensichtlich keine Lösung. In Darmstadt gibt es bisher nur begrenzte Housing First Angebote.<sup>20</sup> Wir wollen daher den Housing First-Ansatz in Darmstadt ausweiten.

### 4.5 Inklusives Darmstadt für Menschen und Tiere

Die Tierschutzpartei setzt sich für die vollständige Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und damit für ein Darmstadt ein, das allen Menschen gleichermaßen Teilhabe ermöglicht. Barrierefreiheit ist für uns ein grundlegendes Menschenrecht und Ausdruck einer empathischen, solidarischen Stadtgesellschaft. Wir wollen, dass öffentliche Räume, Verkehrsmittel, Ämter, Schulen und Kultureinrichtungen vollständig barrierefrei für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Sinnesbeeinträchtigungen oder kognitiven Besonderheiten gestaltet werden. Ein inklusives Darmstadt ist eine Stadt, in der jede:r ohne Hürden mitgestalten, sich bewegen und leben kann.

Unsere Ziele und Maßnahmen für ein inklusives Darmstadt:

- Barrierefreier Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs: Wir wollen, dass alle Haltestellen barrierefrei zugänglich sind. Das die zentralen Plätze bzw. ÖPNV-Haltestellen Luisenplatz und Willy-Brandt-Platz nicht barrierefrei sind, muss sich dringen ändern. Wir setzen uns außerdem für vollständige Barrierefreiheit am Bahnhof Darmstadt Nord

<sup>16</sup><https://www.verdi.de/gesundheits-soziales-bildung/wir-fordern-gleiches-recht>

<sup>17</sup><https://www.hessenschau.de/gesellschaft/hessens-aeltestes-jugendzentrum-in-darmstadt-schliesst-die-huette-hat-ein-herz-v1-jugendzentrum-darmstadt-100.html>

<sup>18</sup><https://www.telepolis.de/article/Soziale-Rendite-Warum-sich-Menschlichkeit-auch-finanziell-rechnet-10348524.html>

<sup>19</sup>[https://www.researchgate.net/publication/325607086\\_Strategien\\_sozialraumlicher\\_Integration\\_von\\_Wohnungslosen](https://www.researchgate.net/publication/325607086_Strategien_sozialraumlicher_Integration_von_Wohnungslosen)

<sup>20</sup><https://www.echo-online.de/lokales/darmstadt/housing-first-wohnungen-fuer-obdachlose-in-darmstadt-4094771>

ein, damit alle Menschen uneingeschränkt ein- und aussteigen können. Mit der Regio-tram (Link) wollen wir zudem eine zusätzliche barrierefreie Haltestelle am Friedensplatz schaffen.

- **Barrierefreie Stadtplanung:** In Darmstadt setzen wir uns dafür ein, dass alle neuen Bau- und Sanierungsvorhaben Barrierefreiheit verbindlich berücksichtigen, mit Rampen, taktilen Leitsystemen, Bordsteinabsenkungen und behindertengerechten Toiletten. Gerade Spielplätze und Grünanlagen dürfen nicht außen vor bleiben, um allen Darmstädter:innen, inklusive Familien mit Kinderwagen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, ein barrierefreies Stadtleben zu ermöglichen.
- **Inklusive und tierfreundliche Umweltgestaltung:** Ein wirklich inklusives Darmstadt denkt Barrierefreiheit ganzheitlich und bezieht neben Menschen auch die Bedürfnisse von Tieren mit ein. Wir wollen daher im Sinne des Animal-Aided Design <sup>21</sup> stressarme Lebensräume für Tiere schaffen. Durch gezielte Reduktion von Lärm- und Lichteinflüssen sowie den Verzicht auf bauliche Fallen wie offene Lichtschächte schaffen wir sichere, ruhige Räume für Tiere in der Stadt. Ergänzend wollen wir Nistkästen und -nischen für Vögel, Fledermausquartiere und „Igelschubladen“ (Link Igelschutz) einführen, um aktiv neue, geschützte Lebensräume zu ermöglichen.
- **Sensibilisierung und Austausch:** Durch Schulungen für städtische Mitarbeitende, Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, Polizei, Feuerwehr und medizinisches Personal wollen wir Barrieren im Bewusstsein abbauen. Zudem sollen regelmäßige Inklusionstage und Aktionstage Barrierefreiheit die Bedeutung dieses Themas sichtbar machen.

<sup>21</sup><https://www.bfn.de/publikationen/bfn-schriften/bfn-schriften-595-animal-aided-design-einbeziehung-der-beduerfnisse-von>

<sup>22</sup><https://www.fr.de/rhein-main/darmstadt/darmstadt-prueft-satzung-gegen-leerstand-trotz-mieterschutz-debatte-94112634.html>

<sup>23</sup>[https://www.region-gestalten.bund.de/Region/DE/Potenzial\\_Leerstand/Instrumente/Erfassen/Leerstandskataster/Tirschenreuth/tirschenreuth\\_node.html](https://www.region-gestalten.bund.de/Region/DE/Potenzial_Leerstand/Instrumente/Erfassen/Leerstandskataster/Tirschenreuth/tirschenreuth_node.html)

<sup>24</sup><https://darmstadt.le-an.de/leerstand-melden>

<sup>25</sup><https://www.echo-online.de/lokales/kreis-darmstadt-dieburg/landkreis-darmstadt-dieburg/warum-so-viele-vermieter-in-darmstadt-dieburg-ihre-wohnungen-nicht-mehr-vermieten-4277316>

## 4.6 Leerstand besiegen und Leben in leere Räume bringen

In Darmstadt stehen trotz hoher Mieten sowie wachsendem Wohnraumbedarf weiterhin Gebäude und Wohnungen leer. Weil das Problem gerade in Darmstadt so drängend ist und etwa 3.000 Wohnungen leer stehen, prüft Darmstadt aktuell eine Satzung gegen Leerstand.<sup>22</sup> Wir begrüßen diese Entscheidung, möchten bei den Maßnahmen gegen Leerstand aber noch weiter gehen. Leerstand muss konsequent reduziert, Zwischennutzungen gefördert und bestehende Gebäude sozial, ökologisch und tierfreundlich belebt werden. Wir setzen auf eine nachhaltige und gemeinwohlorientierte Quartiersentwicklung in Darmstadt.

Um mehr Sichtbarkeit und Transparenz für leerstehende Gebäude zu schaffen, sind wir für die Einführung eines kommunalen Leerstandskatasters für Darmstadt.<sup>23</sup> Dieses soll als Ergänzung zum freiwilligen Leerstandsmelder <sup>24</sup> dienen. Als Zwischennutzung kommt für uns auch die experimentelle Nutzung von Flächen, beispielsweise mit der Umsetzung von Kunst- und Kulturprojekten oder Nachbarschaftstreffs, infrage. Die Umwidmung von nicht genutzten Gewerbe- oder Büroflächen zur Wohnnutzung soll erleichtert werden, um vorübergehend oder längerfristig dringend benötigten Wohnraum zu schaffen. Die tierfreundliche Nutzung von Gebäuden kann durch die Umsetzung von Maßnahmen im Sinne des Animal-Aided Design erfolgen. Auch die Nutzung der Gebäude für den Tierschutz, also z. B. durch Tierschutzvereine, Initiativen oder als Lernorte, kann dazu beitragen.

### Regionales Leerstandskonzept für den Landkreis Darmstadt-Dieburg

Im Landkreis Darmstadt-Dieburg herrscht Wohnungsmangel und rund 5.000 Wohnungen stehen leer.<sup>25</sup> Der demografische Wandel wird das aktu-

elle Leerstandsproblem im Landkreis noch verstärken. Für den Landkreis Darmstadt-Dieburg wollen wir ein regionales Leerstandskonzept entwickeln. Städte und Gemeinden im Landkreis sollen sich regelmäßig zu dem Thema austauschen und über die lokal umgesetzten Maßnahmen berichten. Eigentümer:innen sollen den Leerstand von Gebäuden beim Landkreis melden.

Bei der Vergabe von Flächen sollen Genossenschaften, Vereine und Initiativen aus der Region, sowie tierschutzrelevante Nutzungen priorisiert werden. Auf altengerechten Wohnungs(um)bau setzen wir dabei einen besonderen Fokus. Ziel des Leerstandskonzeptes ist es, bestehende Gebäude im Landkreis Darmstadt-Dieburg einer nachhaltigen Nutzung zuzuführen und gleichzeitig neue Impulse für lokale Gemeinschaften, soziale Projekte und umweltgerechte Raumplanung zu setzen. Durch die aktive Erfassung und Vermittlung von Leerständen sollen geeignete Objekte für gemeinschaftliche Wohn-, Kultur- oder Gewerbeprojekte gefunden werden, anstatt neue Flächen zu versiegeln. Langfristig soll das Leerstandskonzept einen Beitrag zur Belebung von Ortskernen, zur Sicherung regionaler Identität und zur Förderung nachhaltiger Lebens- und Wirtschaftsformen leisten.

#### 4.7 Gemeinschaftliches Wohnen fördern

Das Leben in einem Einpersonenhaushalt zählt neben Alter, Geschlecht und Einkommen zu einem der wichtigsten Risikofaktoren für das Empfinden von Einsamkeit. Dies stellte zuletzt auch die Studie Einsamkeit in Deutschland des DIW <sup>26</sup> fest. Gemeinschaftliches Wohnen kann ein Instrument sein, um dem entgegenzuwirken. Das Land Hessen unterstützt gemeinschaftliches Wohnen durch eine Landesberatungsstelle, sowie finanzielle Mittel und Förderungsprogramme. <sup>27</sup> In Stadt und Landkreis setzen wir uns für die gezielte Förderung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten ein. In Darmstadt fordern wir daher den Ausbau der bestehenden Koordinierungsstelle im

Amt für Wohnungswesen. <sup>28</sup> Auch für den Landkreis Darmstadt-Dieburg soll ein vergleichbares Beratungs- und Koordinierungsangebot geschaffen werden. Projekte, die Menschen aller Altersgruppen einbeziehen sowie Inklusion und Barrierefreiheit fördern, sollen dabei priorisiert unterstützt werden.

#### 4.8 Dritte Orte – Räume der Begegnung und des Miteinanders

Dritte Orte sind öffentliche oder gemeinschaftlich genutzte Räume, die weder dem privaten Zuhause noch dem Arbeitsplatz zugeordnet sind. Es sind Orte, an denen Menschen unabhängig von Alter, Herkunft, Einkommen oder Lebenssituation zusammenkommen können. Dritte Orte ermöglichen Austausch, Teilhabe und Gemeinschaft, niedrigschwellig, offen und freiwillig. Sie sind ein unverzichtbarer Bestandteil einer lebendigen und solidarischen Stadtgesellschaft. In Darmstadt gibt es bislang nur wenige solcher Orte. Beispiele hierfür sind der Community-Garten im Prinz-Emil-Garten sowie der Community-Garten in Kranichstein. Diese Orte zeigen, wie wertvoll gemeinschaftlich gestaltete Räume sein können: Sie fördern Nachbarschaft, ermöglichen Mitwirkung und schaffen Räume, in denen Begegnung auf Augenhöhe stattfindet. <sup>29</sup>

#### Osthang

Ein besonders prägendes Beispiel für einen solchen dritten Ort war der Osthang an der Mathildenhöhe. Über Jahre hinweg entwickelte sich dort ein wilder, alternativer und offener Begegnungsraum, der Menschen aller Altersgruppen zusammenbrachte. Der Osthang bot einen Ort der Akzeptanz, des Austauschs und des kulturellen Miteinanders, getragen von einer lebendigen Gemeinschaft, die sich im Rahmen des Osthang-Vereins organisiert hat. Dieser Ort wurde jedoch aus der Mitte der Stadt an den Rand verdrängt. Der kleine, wilde Grünstreifen an der Mathildenhöhe soll

<sup>26</sup>[https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.935067.de/publikationen/wochenberichte/2025\\_05\\_1/](https://www.diw.de/de/diw_01.c.935067.de/publikationen/wochenberichte/2025_05_1/)

<sup>27</sup><https://www.gemeinschaftliches-wohnen.de/start-der-landesberatungsstelle-gemeinschaftliches-wohnen-in-hessen/>

<sup>28</sup><https://digitales-rathaus.darmstadt.de/kategorien/kontaktpersonen/koordinierungsstelle-fuer-gemeinschaftliche-wohnprojekte>

<sup>29</sup>[https://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/NSPWeb/SharedDocs/Blogeintraege/DE/Fokusthema/DemokratieVorOrt/gemeinsam-fuer-das-quartier\\_dritte-orte.html](https://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/NSPWeb/SharedDocs/Blogeintraege/DE/Fokusthema/DemokratieVorOrt/gemeinsam-fuer-das-quartier_dritte-orte.html)

nun teilweise gerodet werden, um dort ein Informationszentrum zu errichten.<sup>30</sup>

Wir als PARTEI MENSCH UMWELT TIER-SCHUTZ sprechen uns klar gegen die Abholzung gesunder Bäume, gegen die weitere Versiegelung von Flächen auf der Mathildenhöhe und gegen die Verdrängung einer gewachsenen Begegnungskultur aus. Der Schutz von Natur, gewachsenen sozialen Strukturen und kultureller Vielfalt muss Vorrang vor weiteren Bauprojekten haben, insbesondere an sensiblen und historisch bedeutsamen Orten.

Dritte Orte sind neben Vereinen ein zentraler Baustein für eine funktionierende Gesellschaft. Sie ermöglichen Begegnung, helfen Vorurteile abzubauen und fördern das Verständnis füreinander. Gerade in Zeiten zunehmender Vereinzelung können sie für junge wie ältere Menschen Orte sein, an denen sie sich nicht allein fühlen. Damit leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur mentalen Gesundheit und zum sozialen Zusammenhalt der Darmstädter:innen.

Wir fordern daher, in Darmstadt deutlich mehr Räume zur freien Nutzung für Vereine, Initiativen und Nachbarschaften bereitzustellen, um neue Orte der Begegnung zu schaffen und bestehende zu erhalten. Ein zentrales Ziel muss sein, dass jede Darmstädterin und jeder Darmstädter in seinem jeweiligen Stadtteil einen dritten Ort hat, der fußläufig erreichbar ist und Raum für Gemeinschaft, Austausch und Teilhabe bietet.

## 4.9 Schule

Bildung ist mehr als Wissensvermittlung – sie ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und eine demokratische, solidarische Gesellschaft. Schulen sind Orte, an denen junge Menschen lernen, kritisch zu denken, Verantwortung zu übernehmen und respektvoll miteinander umzugehen. Hier werden die Weichen gestellt: für Chancengerechtigkeit, für den Umgang mit unserer Umwelt und für ein Miteinander, das niemanden zurücklässt.

Wir setzen uns für Schulen ein, die allen Kindern

<sup>30</sup><https://wald-statt-asphalt.net/osthang-bleibt/>

<sup>31</sup><https://www.darmstadt.de/presseportal/pressemitteilungen/einzelansicht/gegen-fake-news-und-filterblasen-wissenschaftsstadt-darmstadt-stellt-besonderes-projekt-zur-medienbildung-an-der-friedrich-list-schule-vor>

die gleichen Möglichkeiten bieten – unabhängig von Herkunft oder Einkommen. Schulen, die nicht nur Fachwissen vermitteln, sondern auch Medienkompetenz, Nachhaltigkeitsbewusstsein und Empathie für Mensch, Tier und Natur. Schulen, die gesunde, inklusive und klimafreundliche Angebote machen – vom Mittagessen bis zum Unterrichtsinhalt.

Bildung bedeutet Wissensvermittlung, soziale Teilhabe und Zukunftsgestaltung zugleich – eine Investition in eine lebenswerte Zukunft für uns alle.

### Schul-Sozialarbeit Löwenstark

Wir setzen uns für Schulen ein, die jungen Menschen ermöglichen, sich frei von dogmatischen Einflüssen zu selbstständigen und selbstbestimmten Individuen zu entwickeln. Die Vermittlung demokratischer Werte und der Aufklärung ist wichtig für die Stärkung persönlicher Freiheitsrechte. Schulen sind staatliche Einrichtungen und müssen religionsneutral sein. Die Konfessionszugehörigkeit der Kinder darf von den Schulen nicht länger erfasst werden. Diese Information sehen wir nicht als notwendig für den Schulunterricht an.

Gerade das vermehrte Auftreten von Populismus, Fake News und Verschwörungstheorien erfordert eine grundsätzliche Bildung, die jeden Menschen dazu befähigt, sich eigenständig und verlässlich zu informieren. Durch den immer weiter wachsenden Zugang zu Online-Medien wird die Schaffung einer grundlegenden Medienkompetenz immer wichtiger. Besonders die kritische Bewertung von KI-generierten Inhalten sollte fester Bestandteil des Unterrichts werden, damit Schülerinnen und Schüler lernen, digitale Informationen selbstständig einzuordnen und verantwortungsvoll zu nutzen. Entsprechende Ansätze für Darmstadt wollen wir wieder aufnehmen und erweitern.<sup>31</sup>

### Soziale Schulen

Chancengleichheit für alle, unabhängig von Herkunft oder Einkommen der Eltern, ist ein zentraler Pfeiler unserer Gesellschaft und Demokratie. Lei-

der sehen wir tagtäglich, dass die Realität anders aussieht, insbesondere die Bildungschancen, also die Chance auf einen guten Schul- und Ausbildungsabschluss hängen nicht nur von Begabung und Fleiß, sondern leider auch maßgeblich vom Elternhaus ab. Die Corona-Pandemie hat noch einmal deutlich gemacht, wie sehr die Bildungsungleichheit in unserer Gesellschaft fortbesteht. Kinder und Jugendliche, die nicht aus einem bildungsnahen Elternhaus stammen oder in instabilen familiären Verhältnissen aufwachsen, geraten besonders leicht ins Hintertreffen und haben es deutlich schwerer, ihre Potenziale auszuschöpfen und sich selbst zu verwirklichen. Deshalb ist eine gezielte Investition in Bildungschancen für uns von unschätzbarem Wert – sie ist der Schlüssel zu mehr Gerechtigkeit und nachhaltigem gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Ein besonders positives Beispiel für gezielte Unterstützung nach der Pandemie ist das Landesprogramm „Löwenstark“. Dieses Projekt bietet vielfältige Fördermöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, um pandemiebedingte Lernrückstände aufzuholen und psychosoziale Belastungen abzufedern. Zu den Vorteilen zählen gezielte Nachhilfe, zusätzliche Freizeit- und Sportangebote sowie psychosoziale Begleitung, die individuell auf die Bedarfe der Kinder und Jugendlichen zugeschnitten sind. Das Programm stärkt so die Chancengleichheit, fördert das soziale Miteinander und trägt dazu bei, dass alle Kinder bestmöglich an Bildung teilhaben können. Wir setzen uns daher für eine Stärkung der Schul-Sozialarbeit in Darmstadt ein.<sup>32</sup>

## **Veganes Schulesen**

Veganes Essen ist klimafreundlich und gesund. Deshalb setzen wir uns für die Einführung einer veganen Option beim Mittagessen in Schulen und Kindergärten ein. Doch eine vegane Option bringt noch viele weitere Vorteile mit sich, die das gemeinsame Essen in Kantinen deutlich unkomplizierter machen: So ist veganes Essen per se auch halal und kosher, sodass niemand aus reli-

giösen oder kulturellen Gründen ausgeschlossen wird. Zudem unterstützt eine vegane Mahlzeit die Inklusion von Kindern mit Lebensmittelunverträglichkeiten, da sie in der Regel frei von Milchprodukten und Eiern ist. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung bestätigt, dass bei einer ausgewogenen Zusammenstellung keine gesundheitlichen oder entwicklungsbezogenen Bedenken gegen ein veganes Mittagessen bestehen.<sup>33</sup>

In unserer wohlhabenden Gesellschaft ist es vielmehr der übermäßige Konsum von tierischen und stark verarbeiteten Produkten, der zu gesundheitlichen Problemen führt – vom damit verbundenen Tierleid ganz zu schweigen. Eine vegane Option kann also einen wertvollen Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit, Gesundheit und Inklusion leisten und sollte fester Bestandteil des Speiseplans in Bildungseinrichtungen der Wissenschaftsstadt Darmstadt werden.

## **Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) mit Fokus auf pflanzenbasierter Ernährung**

Bildung für nachhaltige Entwicklung kann ein Schlüssel sein, um eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft für Menschen, Tiere und Umwelt zu schaffen. Daher möchten wir die Angebote der BNE in Darmstadt und im Landkreis ausbauen.<sup>34</sup> Bereits in Schule und Kita wird der Grundstein für eine nachhaltige und sozial gerechte Gesellschaft gelegt und das soll sich auch im Lehrplan wieder spiegeln. Wir fordern, dass Inhalte wie artgerechte Tierhaltung, Klimawandel, sowie gesunde pflanzenbasierte Ernährung in Schulen und Kitas vermittelt werden.

Nicht nur Kinder und Jugendliche profitieren von BNE, sondern wir alle können so verstehen, welche Auswirkungen unser Handeln auf die Welt hat. Deshalb fordern wir die kommunale Finanzierung von BNE-Projekten mit Fokus auf Tierschutz, wie Besuche auf artgerechten Höfen oder Workshops zu Biodiversität und veganer Ernährung. Ungenutzte städtische Flächen sollen unkomplizierter als kostenfreie Bildungsorte genutzt werden können. Letztlich soll

<sup>32</sup><https://kultus.hessen.de/programme-und-projekte/loewenstark/ein-jahr-loewenstark>

<sup>33</sup><https://www.dge.de/blog/2025/vegane-mittagsverpflegung-in-kita-und-schule/>

<sup>34</sup><https://landwirtschaft.hessen.de/bildungsangebote/bildung-fuer-nachhaltige-entwicklung>

<sup>35</sup><https://www.hessen-nachhaltig.de/regionale-netzwerke-bne-profil/bildung-f%C3%BCr-nachhaltige-entwicklung-in-darmstadt.html>

das bereits bestehende BNE-Netzwerk Darmstadt & Darmstadt-Dieburg<sup>35</sup> weiterentwickelt und gefördert werden, um mehr Bürgerbeteiligung und Austausch zu nachhaltigen Themen zu ermöglichen.

#### 4.10 Niedrigschwelliges psychologisches Angebot ausbauen

Lange Wartezeiten und bürokratische Hürden schrecken viele ab. Die frühe Diagnose psychischer Erkrankungen sowie professionelle Behandlung und Begleitung sind entscheidend, um seelisches Wohlbefinden wiederherzustellen und Betroffene für ein starkes Leben in unserer Gesellschaft zu befähigen. Als Beispiel für niedrigschwellige psychologische Angebote sind für Darmstadt der sozialpsychiatrische Dienst und die psychosoziale Kontaktstelle der Caritas zu nennen.<sup>36 37</sup> Im Landkreis Darmstadt-Dieburg werden viele Bedarfe durch das Zentrum für seelische Gesundheit (Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg) abgedeckt.<sup>38</sup> Wir fordern den Ausbau der bestehenden niedrigschwelligen psychologischen Angebote durch gezielte Förderung und Vernetzung. Dafür sind mehr finanzielle Mittel für psychosoziale Kontaktstellen (PSKB) und Beratungsangebote notwendig. Auf Präventionsangebote legen wir dabei besonderen Wert. Besonders vulnerable Gruppen wie Alleinerziehende, Obdachlose oder chronisch kranke Menschen in prekären Verhältnissen profitieren davon. Speziell für Kinder und Jugendliche müssen Angebote in Schulen und Jugendzentren ausgebaut werden. Anonyme Erstberatungen, Gruppen für Resilienztraining, sowie offene Sprechstunden in Bürgerhäusern, sollen vermehrt angeboten werden. Auch die Förderung telefonischer Hilfeangebote und der digitalen Sichtbarkeit wie update von Kontaktnummern und Adressen bedarf hier ein erhöhtes Augenmerk, um eine bessere Erreichbarkeit zu gewährleisten.

#### 4.11 Pflege

Pflege ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Ohne Pflegearbeit würde unser soziales

System zusammenbrechen. Dennoch wird sie bis heute strukturell abgewertet, schlecht bezahlt und häufig unsichtbar gemacht. Besonders betroffen sind Frauen, die den Großteil der professionellen wie auch der häuslichen Pflege leisten. Pflege ist deshalb auch eine feministische Frage. Pflegearbeit darf nicht zu Altersarmut führen – insbesondere nicht für Frauen, die über Jahre hinweg Angehörige versorgen oder in schlecht bezahlten Pflegeberufen arbeiten. Wir fordern eine gezielte Förderung und finanzielle Aufwertung der Pflegeausbildung. Pflegeberufe sind Zukunftsbereufe und müssen als solche anerkannt werden. Das Einkommen in der Pflege muss der hohen körperlichen und emotionalen Belastung gerecht werden. Gute Pflege braucht gut ausgebildete, ausreichend bezahlte und wertgeschätzte Pflegekräfte. Zentrale Voraussetzung für menschenwürdige Pflege ist eine Pflege ohne Zeitdruck. Menschen sind keine Fälle, Pflege darf nicht nach Stoppuhr erfolgen. Pflegekräfte brauchen ausreichend Zeit für Zuwendung, Gespräche und individuelle Bedürfnisse. Nur unter solchen Bedingungen können sowohl Pflegebedürftige als auch Pflegenden gesund bleiben.

Die Pflege von Angehörigen darf nicht zu finanziellen Nachteilen führen. Wer Verantwortung übernimmt, darf dafür nicht bestraft werden.

Wir setzen uns für den Ausbau von Beratungsstellen ein, die Menschen in Krisensituationen der häuslichen Pflege unterstützen, begleiten und entlasten. Niemand soll mit dieser Aufgabe allein gelassen werden.

Ältere Menschen müssen Teil unserer Gesellschaft bleiben. Ausgrenzung, Vereinsamung und Abschiebung in anonyme Einrichtungen lehnen wir ab.

Deshalb fordern wir alternative Wohnformen wie Generationenhäuser oder Wohngemeinschaften für Senior:innen, die Selbstbestimmung, Gemeinschaft und gegenseitige Unterstützung ermöglichen, zu fördern.

<sup>36</sup><https://www.caritas-darmstadt.de/beratung-und-hilfe/seelischekrise/beratungsstelle/beratungsstelle.aspx>

<sup>37</sup><https://www.gesundheitsamt-dadi.de/beratung/sozialpsychiatrischer-dienst/>

<sup>38</sup><https://www.psychiatrie-umstadt.de/>

Wo Menschen besonders vulnerabel sind, besteht immer auch die Gefahr von Machtmissbrauch und strukturellen Missständen. Gerade in Pflegeeinrichtungen ist es daher unerlässlich, Schutzmechanismen konsequent umzusetzen.

Wir fordern regelmäßige, unabhängige und unangemeldete Kontrollen privater wie öffentlicher Pflegeheime. Qualität, Würde und Schutz müssen jederzeit gewährleistet sein, denn Pflege darf niemals auf Kosten der Menschlichkeit gehen.

## 4.12 Sicherheit

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis – und eine zentrale Aufgabe der Stadt. Aber echte Sicherheit entsteht nicht durch Überwachung, sondern durch Miteinander, durch soziale Netze und eine Stadt, in der Menschen füreinander da sind. Wir setzen uns für einen Sicherheitsbegriff ein, der Grundrechte achtet, evidenzbasiert handelt und die Ursachen von Unsicherheit adressiert – statt mit Symbolpolitik zu reagieren. Gleichzeitig nehmen wir die Vorbereitung auf echte Krisen ernst: Darmstadt braucht funktionierende Schutzräume und einen starken Bevölkerungsschutz.

### Schutzräume & Bevölkerungsschutz

In den vergangenen Jahren wurden in Darmstadt zahlreiche Räume, die ursprünglich dem Zivilschutz dienten, in Tiefgaragen oder für andere Zwecke umgewandelt. Diese Entwicklung betrachten wir mit großer Sorge, denn im Krisenfall bedeutet dies, dass die Bevölkerung schutzlos dasteht. Angesichts zunehmender Unsicherheiten und potenzieller Notlagen fordern wir, dass bestehende Schutzräume und ihre technischen Einrichtungen von den aktuellen Betreibern wieder instandgesetzt werden. Nur so kann die Stadt für Notfälle vorbereitet sein und die Sicherheit der Menschen gewährleisten. Die Wiederherstellung und Modernisierung dieser Räume sind eine Investition in die Daseinsvorsorge und ein wichtiger Schritt, um die Resilienz unserer Stadt zu stärken.

### Echte Sicherheit braucht keine KI-Überwachung

Die Einführung von Videoüberwachung zum Beispiel auf dem Luisenplatz hat nachweislich keine Verbesserung der öffentlichen Sicherheit bewirkt<sup>39</sup>. Die Vorstellung, dass der Einsatz von KI hier eine Verbesserung bringen soll, empfinden wir als befremdlich. Wir lehnen diesen ineffektiven und unverhältnismäßigen Eingriff ab. Angesichts der aktuellen Faktenlage und der insgesamt geringen Kriminalität in der Region sollte vielmehr eine Rückabwicklung der Videoüberwachung in Betracht gezogen werden – erst recht vor dem Hintergrund, dass solche Instrumente gezielt missbraucht werden können um Bürgerrechte und Privatsphäre anzugreifen.

Statt wirkungsloser Überwachung fordern wir den Ausbau von Streetwork und sozialer Prävention sowie eine stärkere, ansprechbare Präsenz des Ordnungsamtes im öffentlichen Raum, die konkrete Hilfe leisten kann. Darüber hinaus wollen wir uns für Begegnungsorte einsetzen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken: für mehr Mitgefühl und Empathie, für Teilhabe und Solidarität. Denn Angsträume entstehen nicht durch fehlende Kameraüberwachung, sondern dort, wo diese Werte verloren gehen.

### Was Überwachung mit uns macht

Wer weiß, dass er ständig beobachtet wird, verhält sich anders. Man hält sich zurück, man bleibt lieber weg und man überlegt zweimal, ob man stehen bleibt, sich einmischt oder einfach nur da ist. Das passiert leise und schleichend, aber es verändert etwas Grundlegendes: den öffentlichen Raum. Öffentlicher Raum sollte ein Ort sein, an dem Menschen sich frei bewegen können – ohne Erklärung, ohne Rechtfertigung, ohne das Gefühl, bewertet zu werden. Dauerhafte Videoüberwachung kehrt dieses Prinzip um. Sie sagt: Du stehst unter Beobachtung, weil du vielleicht gefährlich sein könntest. Damit werden nicht einzelne Verdächtige überwacht, sondern alle. Unabhängig davon, wer sie sind oder was sie tun. Das ist ein Generalverdacht, der mit einer freien Gesellschaft nicht vereinbar ist.

<sup>39</sup>Echo Online (2026): Luisenplatz Darmstadt: Tatort trotz Kameras?. 8. Januar 2026 (abgerufen am 06.02.2026)

Freiheit endet nicht dort, wo nichts passiert

Oft heißt es: „Wer nichts zu verbergen hat, hat nichts zu befürchten.“ Aber Freiheit bedeutet nicht nur, nichts Verbotenes zu tun. Freiheit bedeutet, sich unbeobachtet bewegen zu können. Sich treffen zu können. Sich aufzuhalten, ohne dass jemand mitfilmt, speichert oder auswertet. Eine Stadt, in der jede Bewegung aufgezeichnet wird, verändert sich. Sie wird vorsichtiger, kälter, misstrauischer. Nicht, weil Menschen plötzlich schlechter werden – sondern weil ihnen signalisiert wird, dass man ihnen nicht traut.

### **Überwachung wächst – fast immer**

Ein weiteres Problem: Überwachung bleibt selten auf dem aktuellen Stand. Was einmal installiert ist, wird meist ausgeweitet. Mehr Kameras, längere Speicherfristen, neue technische Möglichkeiten. Heute heißt es noch „nur zur Abschreckung“, morgen wird ausgewertet, übermorgen automatisiert. Auch wenn aktuelle Entscheidungsträger verantwortungsvoll handeln: Die Strukturen bleiben. Und sie können missbraucht werden – politisch, polizeilich oder technisch. Freiheit, die einmal abgegeben wurde, bekommt man nur schwer zurück.

### **Sicherheit braucht Nähe, nicht Distanz**

Wenn wir wirklich wollen, dass sich Menschen sicher fühlen, brauchen wir etwas anderes: ansprechbare Menschen, soziale Unterstützung, Hilfe für diejenigen, die durchs Raster fallen. Kameras leisten das nicht. Sie ersetzen kein Gespräch, keine Sozialarbeit, keine Verantwortung. Eine Stadt wird nicht sicherer, weil sie mehr überwacht. Sie wird sicherer, wenn sie sich kümmert.

Wir lehnen den weiteren Ausbau von Videoüberwachung im öffentlichen Raum ab. Bestehende Maßnahmen müssen kritisch überprüft werden. Wo sie keinen klaren, belegbaren Nutzen haben, gehören sie beendet. Sicherheit darf nicht auf Kosten der Freiheit erkaufte werden. Eine offene, lebendige Stadt lebt vom Vertrauen in ihre Menschen – nicht von ihrer permanenten Beobachtung.

## **Schutz der Gewaltenteilung**

Überwachung an sich ist nicht automatisch gut oder schlecht. Sie ist ein Werkzeug, das die Interaktion von Menschen, Staat und Gesellschaft verändern kann. Das Konzept „Sicherheit durch Überwachung“ basiert auf der Annahme, dass es einen vertrauenswürdigen Staatsapparat gibt, der nach fairen Gesetzen handelt. Dass unser Staat das vielleicht eher tut, als viele andere Staaten, liegt unserer Einschätzung nach vor allem an einer noch funktionierenden Gewaltenteilung in Deutschland. Das meint die weitgehende Trennung von Politik und Polizei, die Unabhängigkeit von Justiz und Medien. In diesem Konzept hält die ausführende (exekutive) Gewalt das Monopol auf physische Gewalt. Aber eben kein Monopol auf Informationen. Der Einsatz von weitreichenden, KI-gestützten Überwachungstechnologien verschiebt das Gleichgewicht der Kräfte in unserem Staat und gefährdet die Gewaltenteilung. Es gibt derzeit wenig Konzepte für eine Integration dieser Möglichkeiten in eine solide Gewaltenteilung. Stattdessen beobachten wir, dass genau die Staaten, die besonders viel Überwachungstechnik einsetzen, eben nicht vertrauenswürdig sind und nicht nach fairen Gesetzen arbeiten. In Deutschland ist die Gefahr von Konflikten innerhalb der Bevölkerung, die durch staatliche Interventionen verhindert werden könnten, eher gering. Ein Zusammenbruch der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch stetige Zersetzung der Gewaltenteilung und demokratischer Prinzipien ist jedoch ein immer wahrscheinlicheres Schreckensszenario. Der Ausbau von Überwachungstechnik fördert eher diesen Zusammenbruch der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, als dass er Kriminalität verhindert.

### **4.13 Digitalisierung**

Darmstadt trägt stolz den Titel „Digitalstadt“ – doch dieser Titel ist Verpflichtung, nicht Ruhekiten. Digitalisierung darf nicht bedeuten, analoge Prozesse einfach ins Digitale zu übertragen. Echte digitale Transformation bedeutet: transparenter, effizienter, bürgerfreundlicher und souveräner. In diesem Kapitel stellen wir unsere Vision für eine Verwaltung vor, die nicht nur digital ist, sondern die Chancen der Digitalisierung nutzt, um den

Menschen zu dienen – mit Open Source, digitaler Souveränität und echter Bürgerbeteiligung.

## Open Source: Mut zur Transparenz

Seit einigen Jahren verstärkt sich der Trend hin zu Open-Source-Software. Das hat verschiedene Gründe, allen voran:

- **Unabhängigkeit:** Freie Software verhindert die Abhängigkeit von einzelnen Anbietern (Vendor Lock-in).
- **Transparenz und Sicherheit:** Offener Quellcode ermöglicht es allen, Schwachstellen zu finden und zu beheben. Das führt oft zu schnelleren Sicherheitsupdates. Zudem stärkt offener Quellcode das Vertrauen in die Anbietenden, weil er die Einrichtung versteckter Hintertüren unmöglich macht.
- **Kosteneffizienz:** Freie Software kommt ohne Lizenzgebühren aus. Für Anpassung und Unterstützung fallen zwar weiterhin Kosten an, diese entstehen aber genauso bei proprietärer Software.
- **Innovation:** Bugfixes und Features, die Nutzende von freier Software entwickeln, werden allen anderen direkt und ohne zusätzliche Kosten zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung der Stadt Darmstadt ist hier bereits gut aufgestellt und kann sich selbstbewusste Ziele setzen. In einem Positionspapier aus dem Jahr 2023 schlug Holger Klötzner, Dezernent für Digitalisierung der Stadt Darmstadt, vor, das Bewertungskriterium „Open Source“ mit einer Gewichtung von 10 % für Software-Anschaffungen einzuführen<sup>40</sup>. Das ist eine kluge und richtige Forderung, aber wir finden, dass Darmstadt an dieser Stelle selbstbewusster auftreten kann. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass **freie Open-Source-Software in der Stadtverwaltung zur Pflicht wird** und nur dann, wenn ein Anwendungsfall öffentlich begründet nicht mit freier Software zu bewerkstelligen ist, proprietäre Software angeschafft werden darf.

Public Money, Public Code.

Darmstadt setzt bereits heute auf Open-Source-Software – oft ohne dass es explizit kommuniziert wird. Ein anschauliches Beispiel: Die städtische Website darmstadt.de läuft auf einem Apache-Webserver, einer der meistgenutzten Open-Source-Lösungen weltweit. Das ist kein Zufall, sondern die Regel: Über 80 % aller Webserver im Internet basieren auf Open-Source-Software wie Apache oder Nginx. Diese Technologien haben sich durchgesetzt, weil sie transparent und damit vertrauenswürdig sind, weil jahrzehntelange Entwicklung sie robust und sicher gemacht hat, und weil keine Lizenzkosten oder Vendor-Lock-in die Innovationskraft bremsen.

Ein Großteil der digitalen Verwaltungsangebote der Stadt Darmstadt basiert auf Software-Lösungen von ekom21, dem größten kommunalen IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen. Als Anstalt des öffentlichen Rechts im Besitz der kommunalen Träger arbeitet ekom21 zuverlässig, mit vorbildlichem Qualitätsmanagement und regelmäßigen Sicherheitsaudits. Daran gibt es nichts auszusetzen.

Dennoch ist der Quellcode der eingesetzten Software nicht öffentlich zugänglich. Das ist keine Frage des Misstrauens, sondern vergebener Chancen: Offener Quellcode würde die digitalen Angebote der Verwaltung noch innovativer, effizienter und transparenter machen. Vor allem würde er das Vertrauen der Bürgerschaft in staatliche IT-Systeme stärken und Vorbehalte gegenüber Digitalisierung abbauen – denn was offen einsehbar ist, kann von unabhängigen Fachleuten geprüft werden.

Wir fordern daher, dass sich Darmstadt in der Verbandsversammlung von ekom21 aktiv für Open-Source-Standards einsetzt: schrittweise Veröffentlichung des Quellcodes bestehender Systeme und konsequente Open-Source-Entwicklung bei Neuanschaffungen. Als führende Digitalstadt kann Darmstadt hier Vorreiter für ganz Hessen werden.

## Social Media, aber souverän

Das Tracking durch Meta-Plattformen wie Facebook und Instagram gilt nach Einschätzung

<sup>40</sup>Holger Klötzner: [Vision für ein digitales Darmstadt in 2030](#), abgerufen am 15.01.2026

von Datenschutzbehörden als rechtswidrig, gegen TikTok laufen EU-Verfahren und X (ehemals Twitter) ist seit der Übernahme durch Elon Musk als Plattform für behördliche Kommunikation nicht mehr vertretbar. Wir begrüßen, dass die Darmstädter Behörden bereits in vielen Fällen in den sozialen Medien vertreten sind und Bürgernähe herstellen doch die Nutzung dieser Plattformen ist zunehmend problematisch.

Mit Mastodon und anderen Diensten des Fediverse (Dezentrale und föderierte soziale Netzwerke) existiert eine datenschutzfreundliche, dezentrale und europäische Alternative, die bereits von zahlreichen deutschen Behörden, dem Bundestag, dem BSI und der Landesregierung von Hessen genutzt wird. Wir möchten die Nutzung dieser Plattformen fördern und städtische Behörden, Ämter und kommunale Einrichtungen verpflichten ihre Inhalte auch mindestens auf einem Account im Fediverse zu veröffentlichen, wenn sie auf sozialen Medien präsent sind.

### **Nähe zur Bürgerschaft, aber modern.**

Viele Fragen zu Amtsverfahren sind nicht einzigartig: „Welche Unterlagen brauche ich für die Ummeldung?“, „Wie beantrage ich einen Parkausweis?“, „Was muss ich bei der Gewerbeanmeldung beachten?“ Heute müssen diese Fragen oft individuell bei der Behörde gestellt werden – per Telefon, E-Mail oder persönlich. Das kostet Zeit, sowohl für die Bürgerschaft als auch für die Verwaltung.

Wir können von erfolgreichen Open-Source-Projekten lernen: Dort gibt es öffentliche Foren, in denen Nutzerinnen und Nutzer Fragen stellen, andere aus der Community antworten, und Expertinnen und Experten die Informationen bei Bedarf ergänzen oder korrigieren. Dieses Prinzip wollen wir auf die Stadtverwaltung übertragen.

### **Wir fordern ein öffentliches Darmstadt-Forum, in dem:**

- Bürgerinnen und Bürger Fragen zu Amtsverfahren, Anträgen und Verwaltungsabläufen stellen können
- Andere Bürgerinnen und Bürger aus ihrer Erfahrung heraus antworten dürfen

- Mitarbeitende der Verwaltung Antworten bei Bedarf bestätigen, ergänzen oder korrigieren
- Häufig gestellte Fragen für alle sichtbar und durchsuchbar sind
- Wissen gesammelt und für die Zukunft verfügbar gemacht wird

Natürlich muss ein solches Forum moderiert werden und bindet Ressourcen. Doch der Nutzen überwiegt: schnellere Antworten für die Bürgerschaft, Entlastung der Verwaltung, transparenter Wissensaufbau und echte digitale Bürgerbeteiligung.

### **Digitale Identität: Die HeinerID**

Viele europäische Länder sind Deutschland bei der digitalen Verwaltung voraus. In Estland beispielsweise, das international als Vorbild gilt, nutzen fast alle Menschen eine staatliche digitale Identität für Behördengänge und können jederzeit transparent nachvollziehen, welche Behörde wann auf ihre Daten zugegriffen hat. Auch wenn die Menschen dort nicht selbst entscheiden können, wer Zugriff erhält – das regeln Gesetze –, schafft diese Transparenz Vertrauen.

Wir wollen für Darmstadt noch einen Schritt weitergehen: Mit der *HeinerID* soll ein System entstehen, das den Menschen echte Kontrolle über ihre Daten gibt. Die Grundidee ist einfach: Persönliche Daten wie Adresse, Name oder Bankverbindung werden einmal hinterlegt und von der zuständigen Behörde mit einer digitalen Signatur bestätigt. Die Informationen können dann für verschiedene Dienste und andere Behörden freigegeben werden – ohne dass jede Behörde oder jeder Dienst eine eigene Kopie benötigt.

**Wie funktioniert das?** Die HeinerID nutzt digitale Signaturen – eine seit über dreißig Jahren erprobte Technologie, die Sie bereits täglich verwenden: Wenn Ihr Browser durch ein Schloss-Symbol anzeigt, dass eine Website sicher ist, arbeitet im Hintergrund genau diese Technologie. Die Stadt Darmstadt könnte beispielsweise Ihre Adresse digital signieren und damit bestätigen: „Diese Information ist korrekt.“ Andere Behörden können diese Signatur prüfen und wissen sofort, dass die Daten verlässlich sind – ganz ohne

Papierbescheinigung, ohne Faxgerät, ohne erneuten Behördengang.

**Was bringt das im Alltag?** Stellen Sie sich vor, Sie wechseln Ihre Bank. Heute müssen Sie Ihre neue Bankverbindung dem Finanzamt, der Krankenkasse, der Rentenversicherung, der Elterngeldstelle, der Stadtverwaltung und weiteren Stellen einzeln mitteilen – ein Aufwand von Stunden oder Tagen. Mit der HeinerID würden Sie Ihre Bankverbindung einmal hinterlegen und können dann selbst festlegen, welche Behörden darauf zugreifen dürfen. Sie behalten jederzeit die Übersicht: Wer hat wann auf welche Daten zugegriffen? Welche Stellen haben noch Zugriff, obwohl sie ihn nicht mehr benötigen? Wenn eine weitere Behörde Daten von Ihnen benötigt, dann erhalten Sie eine Anfrage über die HeinerID und können Sie mit einem Klick bestätigen.

**Dezentral und unabhängig:** Anders als in Estland, wo der Staat das System zentral bereitstellt, wollen wir die HeinerID dezentral gestalten. Das bedeutet: Die Bürgerschaft kann ihren Identitätsanbieter frei wählen – ähnlich wie heute schon bei E-Mail-Anbietern. Wichtig ist nur, dass alle Anbieter die gleichen offenen Standards verwenden und die Stadt Darmstadt diese Standards anerkennt. So entsteht keine neue Abhängigkeit von einem einzelnen Anbieter. Diese dezentrale Struktur hat einen weiteren wichtigen Vorteil: Die Stadt muss die sensiblen Daten nicht selbst verwalten und spart damit erheblichen Aufwand für Datenhaltung, Qualitätsmanagement und Datenschutzprüfungen. Gleichzeitig gerät die Verwaltung erst gar nicht in den Verdacht, Daten zu sammeln, auszuwerten oder gar weiterzugeben. Und selbst bei technischen Problemen oder Sicherheitslücken können nicht alle Daten aller Darmstädterinnen und Darmstädter auf einmal abhandenkommen – denn sie liegen verteilt bei verschiedenen Anbietern.

**Datenschutz von Anfang an:** Die HeinerID wird so konzipiert, dass Datenschutz nicht nachträglich hinzugefügt wird, sondern von Beginn an im Zentrum steht. Moderne Verschlüsselungsverfahren sorgen dafür, dass nur Sie und die von Ihnen autorisierten Stellen Zugriff auf Ihre Daten haben. Es gibt sogar bereits erprobte Verfahren, die es ermöglichen, dass nicht einmal der Anbieter selbst ihre Daten einsehen kann. Die Daten werden auch beim jeweiligen Anbieter verschlüsselt

abgelegt und nur wenn sie einen Zugriff mit ihrem privaten Schlüssel bestätigen können Daten überhaupt abgerufen werden.

**Datensparsamkeit:** Mit der HeinerID können Sie selbst einsehen und bestimmen welche Daten geteilt werden. Wenn Sie, zum Beispiel, nachweisen müssen, dass Sie volljährig sind, dann müssen Sie nicht ihr Geburtsdatum weitergeben, stattdessen wird HeinerID Sie Fragen: „Wollen Sie ihre Volljährigkeit gegenüber [...] bestätigen?“. Die Information die übertragen wird ist nur, dass Sie volljährig sind und dass diese Information vom Einwohnermeldeamt bestätigt wurde. Auf die selbe Weise können Sie gegenüber dem Darmstädter Bürgerschaftsforum bestätigen, dass Sie Darmstädter sind - Sie müssen dazu weder Ihren echten Namen noch irgendwelche anderen personenbezogenen Daten bereitstellen. So geht Datensparsamkeit!

**Kein Darmstädter Alleingang:** Wir fordern hier keine Insellösung. Im Mai 2024 trat die eIDAS 2.0-Verordnung in Kraft, die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, bis Ende 2026 digitale Identity Wallets bereitzustellen. Die HeinerID würde genau diesen europäischen Standard erfüllen und könnte damit nicht nur in Darmstadt, sondern europaweit bei Behörden, Banken und Online-Diensten genutzt werden. Gleichzeitig geht sie über die Mindestanforderungen der Verordnung hinaus: Während die EU-Verordnung auch staatlich betriebene Wallets zulässt, setzt die HeinerID auf echte digitale Souveränität durch Wahlfreiheit zwischen verschiedenen zertifizierten Anbietern. Darmstadt würde damit nicht nur die EU-Vorgaben umsetzen, sondern als Vorreiter zeigen, wie bürgerorientierte digitale Identität aussehen kann.

Wir sind überzeugt: Als führende Digitalstadt hat Darmstadt die Expertise und den Mut, hier Vorreiter zu sein. Die HeinerID kann zeigen, wie digitale Verwaltung aussieht, die den Menschen dient – transparent, selbstbestimmt und zukunftsfähig. Hier werden keine bestehenden bürokratischen Verfahren auf einem Computer simuliert, sondern tatsächlich die Möglichkeiten, die uns digitale Systeme und kryptografische Verfahren bieten, genutzt.

## **Verbesserung der bestehenden digitalen Verfahren**

Viele Amtsgänge sind bereits digital möglich. Leider ist der Funktionsumfang, in dem Anträge in der digitalen Plattform der Stadtverwaltung angeboten werden, nicht einheitlich. Viele Verfahren wurden in Low-Code-Lösungen realisiert und konnten somit schnell und unkompliziert als digitales Formular zur Verfügung gestellt werden. Nicht alle Verfahren lassen es zu, den Antragsstatus abzurufen oder den Antrag wieder zurückzunehmen. Wir möchten daher alle Anträge, die in der digitalen Verwaltung der Stadt bereits angeboten werden, vereinheitlichen, damit man

- einsehen kann, ob und wann ein Antrag bearbeitet wurde,
- einen Antrag zurücknehmen kann,
- einen Antrag bearbeiten kann, falls er noch nicht festgeschrieben wurde, und
- sämtliche Verfahren einheitlich und verbindlich barrierefrei gemäß den Anforderungen der WCAG 2.2 in ihrer jeweils gültigen Fassung nutzen kann.

Das schafft weitere Transparenz gegenüber der Bürgerschaft, erleichtert Verfahren für Unternehmen und gewährleistet die gleichberechtigte digitale Teilhabe aller Menschen in Darmstadt.

*KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2026 – DARMSTADT + DIEBURG  
PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ // TIERSCHUTZPARTEI*